

Fixiert auf Ausländer

Das Thema wird den Wahlkampf bestimmen, weil es fast allen irgendwie nützt

Petra Stuibler

Mittelmeerroute schließen, Panzer auf den Brenner stellen, Islamkindergärten verbieten, Erdogan-Wählern die österreichische Staatsbürgerschaft aberkennen und so weiter und so fort: Das Thema Ausländer in allen nur erdenklichen Spielarten ist ein Dauerbrenner – und wird das wohl auch im gesamten Wahlkampf bleiben. Der Grund für die Fixiertheit der österreichischen Politiker auf dieses Thema ist einleuchtend: Viel zu viele Player im politischen Geschehen sind daran interessiert, dass nichts anderes von Belang aufkommt.

Das hat mehrere Gründe: Einerseits ist das Thema eingängig und leicht vermittelbar. Viele Wahlberechtigte, ohnehin grantig auf „das System“, „die Politik“ und „linke Gutmenschen“, lassen sich leicht und gern überzeugen, wer an ihren Problemen und ihrem Weltenjammer schuld ist.

Aber auch auf der anderen Seite „funktioniert“ das Thema gut – etwa bei jenen, die gleich einmal die Rassistuskeule schwingen, wenn tatsächlich vorhandene Probleme angesprochen werden.

Beiden Seiten muss man Empfänglichkeit für simple (Schein-)Lösungen vorwerfen. Beide Extrempositionen spielen jenen Partei-Spindoktoren in die Hände, die nach einfachen und eingängigen Wahlslogans suchen, um ihre „Botschaften“ auch in zehn Sekunden TV-Sendezeit platzieren zu können. Dass die Thematik bei näherer Betrachtung mindestens genauso komplex ist wie die Frage von Verteilungsgerechtigkeit und Steuererleichterungen, wird bis zum Wahltag (und meist auch darüber hinaus) geflissentlich ignoriert – Hauptsache, die Symbole und die Schlagworte passen.

Die FPÖ spielt seit Jahrzehnten virtuos auf dieser Klaviatur. So gesehen ist sie für die Nationalratswahlen gut aufgestellt. Ihr Pech ist nur, dass es sich mit dem Ausländerthema momentan so verhält wie einst mit Öko und Bio: Seit es Politiker aller Couleurs mit Verve besetzen, stellt sich kaum mehr die Frage, wer bei diesem Thema einst der Schmied und wer der Schmiedel war. ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz vertritt mit entwaffnender Höflichkeit tiefblaue Positionen, und zumindest laut Umfragen gefällt das den Wählern.

Auf der anderen Seite stehen die Grünen, die mannigfaltige Probleme haben, aber nicht mit dem Ausländer-

thema. Hier sind sie klar gegen Blau und Schwarz positioniert, ebenso die Neos, deren Wählern Wirtschaftsthemen ohnehin wichtiger sind.

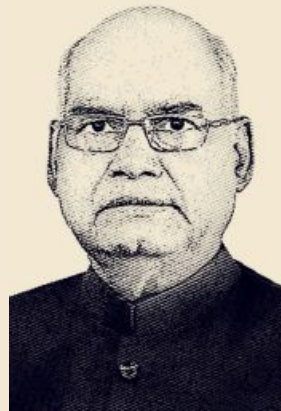
Bleibt die SPÖ, die von Angstlust getrieben ist. Auf der einen Seite stehen Hans Niessl und Hans Peter Doskozil, die lieber heute als morgen Grenzen schließen wollen. Auf der anderen Michael Häupl, Parteijugend und Intellektuelle, die eine klare inhaltliche Trennlinie zu blauen Positionen fordern. Und in der Mitte steht Christian Kern, der zwar die von Kurz geforderte Schließung der Mittelmeerroute als „populistischen Vollholler“

ablehnt, andererseits aber dann doch sieben Punkte genau dazu präsentiert.

Das Ausländerthema ist für die SPÖ das größte Problem, weil es die inhaltliche Widersprüchlichkeit der Partei zeigt. Die einen wollen modern sein, sich öffnen, keine Angst haben. Die anderen sehnen sich nach Sicherheit, Überschaubarkeit, (sozialpartnerschaftlicher) Tradition. Für Kern ein schwieriger Balanceakt, auch deshalb, weil die SPÖ noch keine gemeinsame Haltung gefunden hat. Das wird sie freilich müssen, denn das Thema wird nicht von alleine wieder verschwinden. Dazu sind alle viel zu fixiert.

KOPF DES TAGES

„Unberührbarer“ wird Indiens Präsident



Der 71-jährige Ram Nath Kovind gehört der diskriminierten untersten Kaste an.

Foto: Reuters

Den Asanas – jenen Übungen also, die auf möglichst stabile Haltung und ruhiges Atmen abzielen – wird von Yogis befreiende Wirkung zugeschrieben. So begab sich auch der Mann, der künftig an der Spitze der größten Demokratie der Erde steht, erst einmal in den Lotus.

Nicht allein freilich, sondern mit tausenden Gleichgesinnten, mitten auf dem Connaught Square im Zentrum der indischen Hauptstadt Neu-Delhi – und beäugt von Journalisten, die sich des neuen Politstars erst gewahr werden mussten. Schließlich ist derlei Körperlichkeit in einem Land, in dem Menschen wie Ram Nath Kovind (71) noch vor nicht allzu langer Zeit nicht berührt werden durften, noch immer nicht alltäglich.

Der Jurist, seit 43 Jahren verheiratet (ein Sohn, eine Tochter), gehört der untersten Kaste der traditionellen hinduistischen Gesellschaftsordnung an: den Dalit, die man früher verächtlich „Unberührbare“ nannte. Es war am Weltyogtag, als der Gouverneur des bitterarmen, an Nepal grenzenden Bundesstaats Bihar in die Metropole kam, um offiziell als Kandidat der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) für das Amt des Staatspräsidenten präsentiert zu werden. Nun, einen Monat später, hat er sein Ziel erreicht.

Dass sein Aufstieg das Schicksal der 150 Millionen Dalit in Indien zum Besseren wenden wird, ist unwahrscheinlich. Schon vor 20 Jahren vermochte der Dalit K. R. Narayanan, einer seiner Vorgänger, nicht zu bewirken, was schon Mahatma Gandhi für die von ihm so genannten „Kinder Gottes“ (eigentlich „Vishnu-Geborene“) vorgeschwebt war: die Abschaffung des 3500 Jahre überdauernden Kastensystems, das die Dalit bis heute an den Rand der Gesellschaft drängt – allem präsidentialen Brimborium zum Trotz.

Dass ausgerechnet die hindunationalistische BJP von Premier Narendra Modi, die lange

als Klientelpartei der herrschenden Brahmanen-Kaste galt, nun einen „Unberührbaren“ zum Staatsoberhaupt macht, wenngleich dieses bloß mit zeremonieller Macht ausgestattet ist, ist für Beobachter mehr dem Wahlkalkül geschuldet denn dem Streben nach Versöhnung: Ohne die Stimmen der Dalit nämlich kann die BJP ihre Macht nicht langfristig sichern.

Als Präsident soll Kovind die Dalit, die vom Beharren der BJP auf dem diskriminierenden Kastenwesen eigentlich verprellt wurden, an die Partei binden. Ob sein Atem reicht, um Indiens unterdrückte Massen zu befreien, wird sich weisen. Florian Niederndorfer